

PRÄSIDENTENKONFERENZ
DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN
ÖSTERREICH

14/SN-58/ME

Ab sofort erreichen Sie uns unter
der neuen Telefonnummer 53 441

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
1010 Wien

58 GE 2 87	
Datum:	7. OKT. 1987
Verteilt:	8. 10. 1987 Rauer

L. Hajek

Wien, am 29.9.1987

Ihr Zeichen/Schreiben vom:

-

Unser Zeichen:

S-887/Sch

Durchwahl:

478

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeitsmarktförderungsgesetz, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz und das Bundesgesetz BGBl.Nr.638/1982 geändert werden

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs beehrt sich, dem Präsidium des Nationalrates die beiliegenden 25 Abschriften ihrer Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeitsmarktförderungsgesetz, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz und das Bundesgesetz BGBl.Nr. 638/1982 geändert werden, mit der Bitte um Kenntnissnahme zu überreichen.

Für den Generalsekretär:

25 Beilagen



Humboldt

**PRÄSIDENTENKONFERENZ
DER LANDWIRTSCHAFTSKAMMERN
ÖSTERREICHS**

ABSCHRIFT

Ab sofort erreichen Sie uns unter
der neuen Telefonnummer 53 441

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Stubenring 1
1010 Wien

Wien, am 28.9.1987

Ihr Zeichen/Schreiben vom:
34.401/9-2/87 19.8.1987

Unser Zeichen: Durchwahl:
S-887/Sch 478

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeits-
marktförderungsgesetz, das Allgemeine Sozialver-
sicherungsgesetz und das Bundesgesetz BGBl.Nr.638/1982
geändert werden

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Öster-
reichs beehrt sich, zu den vorgelegten Entwürfen einer
Novelle zum Arbeitsmarktförderungsgesetz, zum Allgemeinen
Sozialversicherungsgesetz und zum Bundesgesetz BGBl.Nr.638/1982
wie folgt Stellung zu nehmen:

Die Erhöhung der Wertgrenzen für die Zuständigkeitsabgren-
zung zwischen Landesarbeitsamt und Sozialministerium bei
der Arbeitsmarktförderung in den §§ 24 Abs. 1, 34 Abs. 1
und 39 Abs. 2 durch Verdoppelung der geltenden Beträge ist
im Hinblick auf die erforderliche Einheitlichkeit der För-
derungspraxis eher zu hoch gegriffen.

Die Geltungsdauer der mit Novelle BGBl.Nr. 638/1982 in
das Arbeitsmarktförderungsgesetz eingefügten Beihilfenform
zur Lösung von Beschäftigungsproblemen mit besonderer
volkswirtschaftlicher Bedeutung sollte nicht gleich auf
4 Jahre, sondern bis Ende 1988 verlängert werden. Die Präsi-

- 2 -

dentenkonzferenz hat seinerzeit auf die Problematik dieser Bestimmung hingewiesen, die in der damit gegebenen Bevorzugung der Großbetriebe bei Förderungen liegt.

25 Abschriften dieser Stellungnahme werden wunschgemäß gleichzeitig dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Der Präsident:
gez. Ing. Dörfler

Der Generalsekretär:
gez. Dr. Korb